
DeZIM Data.insights +

#17 | 25 Berlin, Februar 2025

Demokratie unter Druck: Wie sich das Vertrauen in die Politik verändert

DEMOKRATIE UNTER DRUCK: WIE SICH DAS VERTRAUEN IN DIE POLITIK VERÄNDERT

Massa Gahein-Sama, Klara Podkowik, Kien Tran und Zerrin Salikutluk

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses DeZIM Data.insight untersucht, wie sich das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zwischen 2022 und 2024 verändert hat. Die Analyse erfolgt vor dem Hintergrund zentraler Ereignisse: nach der Regierungsbildung der Ampelkoalition 2022 sowie kurz vor und nach ihrem Bruch 2024. Das Insight zeichnet nach, wie sich das Vertrauen in die Bundesregierung im Besonderen und Politiker*innen im Allgemeinen in diesem Zeitraum entwickelt hat. Die Analyse beleuchtet dabei nicht nur allgemeine Trends im Vertrauen in politische Institutionen. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage, inwieweit sich das Vertrauen in die Politik zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheidet – insbesondere zwischen rassistisch markierten und nicht rassistisch markierten Menschen.

Das Insight ist im Rahmen des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) entstanden. Ziel des NaDiRa ist es, Diskriminierung und Rassismus in Deutschland systematisch zu erfassen und deren Ursachen, Ausmaß und Auswirkungen zu analysieren. Datengrundlage der hier vorgestellten Ergebnisse ist das Kernelement des NaDiRa – ein bundesweites, repräsentatives Online-Survey, das regelmäßig Einstellungen und Erfahrungen verschiedener Bevölkerungsgruppen, einschließlich rassistisch markierter Gruppen, erhebt und somit Aussagen über Entwicklungen im Zeitverlauf ermöglicht (siehe Infobox [Das NaDiRa.panel](#)).

ZENTRALE ERGEBNISSE

- Zwischen 2022 und 2024 ist das Vertrauen der Bevölkerung sowohl in die Bundesregierung als auch in Politiker*innen allgemein gesunken.
- Unter Muslim*innen ist der Vertrauensverlust am größten. 2024 geben fast zwei Drittel von ihnen an, Politiker*innen nicht zu vertrauen. Dies ist der niedrigste Wert unter allen rassistisch markierten Gruppen.
- 2022 hatten rassistisch markierte Menschen noch etwas mehr Vertrauen in Politiker*innen als nicht rassistisch markierte Menschen. Zwei Jahre später ist dieser Vorsprung weitgehend verschwunden. Ein Drittel (34 %) der muslimischen Befragten vertraut im Jahr 2024 Politiker*innen überhaupt nicht, 2022 waren es noch 23 %.

1. Einleitung

Deutschland steht derzeit vor zahlreichen politischen Herausforderungen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Globale Erschütterungen und eskalierende Konflikte wie der Ukraine-Krieg und der Nahostkonflikt, aber auch eine wachsende gesellschaftliche Polarisierung und wiederholte Regierungskrisen haben das politische Klima spürbar verändert. In diesem Kontext ist auch die politische Instabilität der Bundesregierung zu sehen, die sich zuletzt im Bruch der Ampelkoalition manifestierte. Gleichzeitig gewinnen parteiübergreifend rechte Diskurse an Einfluss, die zunehmend auch die politische Mitte erreichen. Mediale Debatten zu Themen wie Migration, Integration oder Fragen der Zugehörigkeit werden versicherheitlicht und damit verstärkt als sicherheitsrelevante Fragen problematisiert. Dies äußert sich in der Bewertung und Darstellung von Migration als Bedrohung, der nur mit außergewöhnlichen Maßnahmen begegnet werden könne – etwa schärferen Grenzkontrollen, der Aberkennung der Staatsangehörigkeit bei bestimmten Straftaten oder der Abweisung von Geflüchteten an deutschen Grenzübergängen. Diese Perspektive und die damit einhergehende Pauschalisierung führen nicht nur zu einer Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, sondern beeinflussen den öffentlichen Diskurs nachhaltig – sei es in der politischen Entscheidungsfindung, in medialen Debatten oder in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Migration und Zugehörigkeit.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Vertrauensverhältnis der Bürger*innen dieses Landes zu seinen politischen Institutionen und zur Politik insgesamt. Wie in einigen Studien (z.B. die Mitte-Studie, Zick et al. 2023) nachgewiesen wurde, ist das Vertrauen in politische Institutionen rückläufig. Es bleibt jedoch unklar, inwieweit dieser Vertrauensverlust spezifische Gruppen, insbesondere rassistisch markierte Menschen, in unterschiedlichem Ausmaß betrifft. Im Rahmen des vorliegenden DeZIM.insights interessiert daher, wie aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen das Vertrauen in verschiedene Gruppen beeinflussen. Vertrauen in die Politik ist eine wesentliche Grundlage für die Stabilität und Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme. Es ist untrennbar mit der Legitimität politischer Institutionen verbunden, die maßgeblich auf dem Vertrauen und der Unterstützung der Bevölkerung basiert (Easton 1975). In der vielfältigen deutschen Gesellschaft bildet politisches Vertrauen einen Gradmesser dafür, wie Bürger*innen die Politik und ihren Umgang mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wahrnehmen (Doerschler & Jackson 2012; Örkény & Székelyi 2009). Während in der Literatur ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber politischen Institutionen teils als förderlich für demokratische Prozesse beschrieben wird (Lenard 2008; Bertou 2019), birgt ein vollständiger Vertrauensverlust erhebliche Gefahren. Ein solcher Verlust kann zu politischer Entfremdung führen und die demokratische Legitimation politischer Institutionen schwächen (Lenard 2008).

Aus diesem Grund ist es entscheidend, nicht nur allgemeine Trends mit Blick darauf zu untersuchen, wie sich das politische Vertrauen verändert, sondern auch mögliche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen genauer zu betrachten. Zahlreiche Studien zeigen, dass rassistisch markierte Gruppen und Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell ein höheres Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen haben als nicht rassistisch markierte Gruppen und Menschen ohne Migrationshintergrund (vgl. DeZIM 2023, Kulesza & Stanisavljević 2021; Wu, Wilkes & Wilson 2022; Doerschler & Jackson 2012). Gleichzeitig sind rassistisch markierte Gruppen häufig mit spezifischen Formen von Rassismus konfrontiert – wie etwa institutionellem Rassismus – die ihre Wahrnehmung von und ihr Vertrauen in staatliche Institutionen maßgeblich beeinflussen können (Wilkes & Wu 2017; Koch 2019).

Das vorliegende DeZIM Data.insight untersucht, wie sich das Vertrauen in die Politik zwischen 2022 und 2024 entwickelt hat. Hierfür werden die Zeiträume nach der Regierungsbildung der Ampelkoalition sowie kurz vor und nach ihrem Bruch betrachtet. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich das Vertrauen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheidet, insbesondere zwischen rassistisch markierten und nicht rassistisch markierten Personen. Die Analyse umfasst dabei Schwarze, asiatische und muslimische Personen sowie Deutsche mit Migrationshintergrund und nicht rassistisch markierte Personen.¹ Sie bietet einen differenzierten Blick, der sowohl die Vielfalt innerhalb der Gesamtgesellschaft als auch die Heterogenität rassistisch markierter Menschen berücksichtigt.

2. Vertrauen in die Bundesregierung

In der ersten (2022) und fünften Erhebungswelle (2024) sollten die Befragten auf einer siebenstufigen Skala angeben, wie sehr sie verschiedenen Institutionen – darunter die Bundesregierung – vertrauen. Die Antwortmöglichkeiten reichten von „vertraue überhaupt nicht“ über „teils/teils“ bis hin zu „vertraue voll und ganz“.

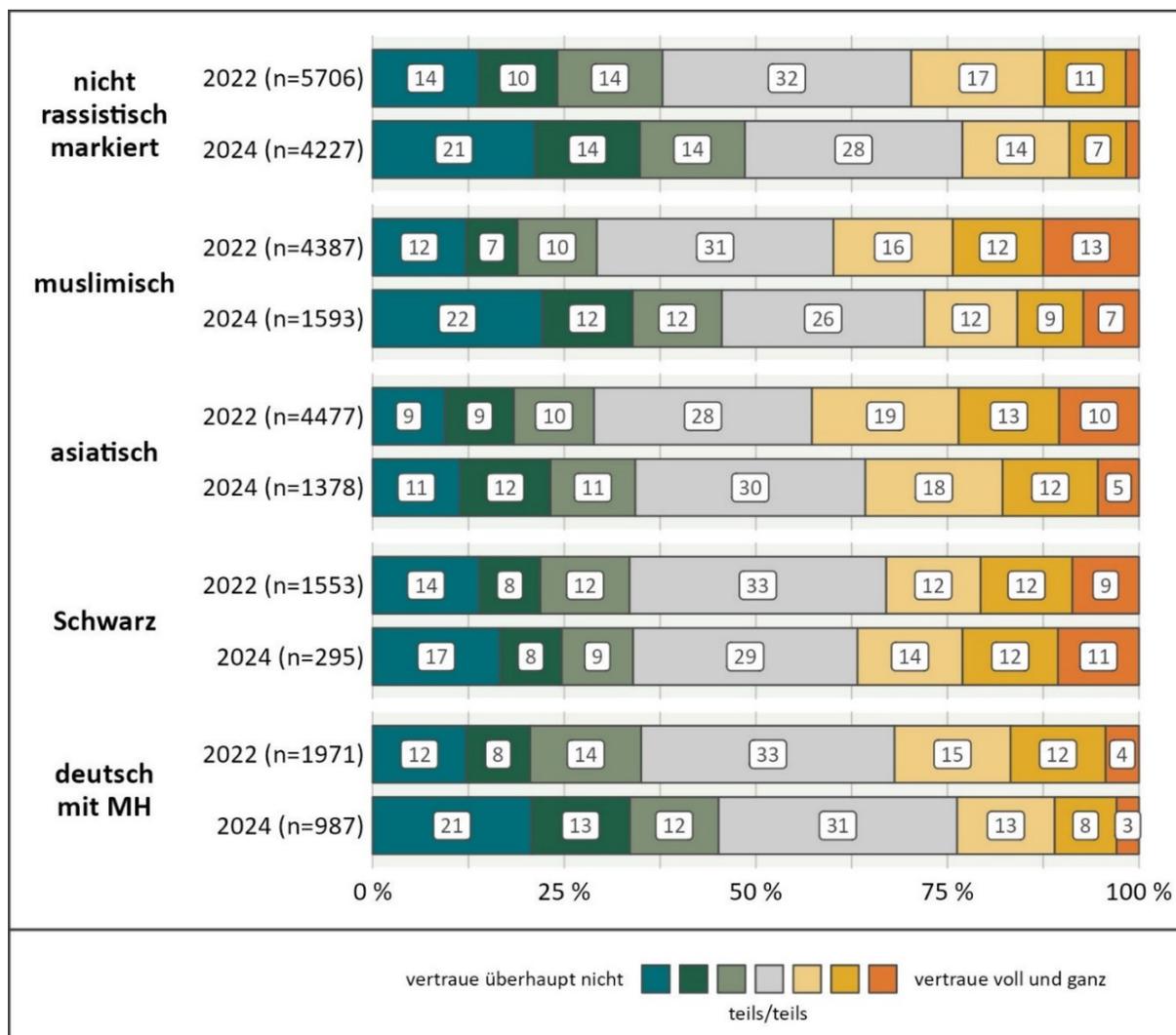
Wie [Abbildung 1](#) verdeutlicht, ist das Vertrauen in die Bundesregierung in fast allen Gruppen zwischen 2022 und 2024 gesunken. Dies zeigt sich daran, dass im Jahr 2024 mehr Befragte fehlendes Vertrauen äußerten (erste drei Kategorien), während gleichzeitig weniger Menschen angaben, der Bundesregierung zu vertrauen (letzte drei Kategorien). Besonders stark ist dieser Rückgang bei muslimischen Befragten: 2022 sprachen noch 41 % von ihnen der Bundesregierung ein gewisses Maß an Vertrauen aus; 2024 sind es mit 28 % nur noch etwas mehr als ein Viertel. Der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung „überhaupt nicht“ vertrauen, stieg von 12 % auf 22 %, während der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung „voll und ganz“ vertrauen, von 13 % auf 7 % deutlich sank.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich bei Deutschen mit Migrationshintergrund. Auch in den anderen Gruppen nahm das Vertrauen in die Bundesregierung ab – mit einer Ausnahme: Bei Schwarzen Befragten blieb das Vertrauen in die Bundesregierung weitgehend stabil und zeigt sogar eine leichte Zunahme.² 2022 brachten rassistisch markierte Personen und Deutsche mit Migrationshintergrund der Bundesregierung tendenziell noch etwas mehr Vertrauen entgegen als nicht rassistisch markierte Personen. Bis 2024 ging das Vertrauen in diesen Gruppen jedoch zurück, sodass sich die Vertrauenswerte bei muslimischen Personen und Deutschen mit Migrationshintergrund inzwischen weitgehend denen der nicht rassistisch markierten Personen angeglichen haben.

¹ Die Gruppenzuordnung basiert auf der Selbstidentifikation der Teilnehmenden, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Schwarze, asiatische und muslimische Personen konnten mehreren Gruppen angehören. Die Kategorien „deutsch mit Migrationshintergrund“ und „nicht rassistisch markiert“ (deutsch ohne Migrationshintergrund) umfassen ausschließlich Personen, die keine weiteren Gruppen angegeben haben (siehe [Methodenbericht](#) für Details).

² Da diese Gruppe der Befragten mit N=295 jedoch vergleichsweise klein ist, sollten die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden (siehe [Methodenbericht](#)).

Abbildung 1. Vertrauen in die Bundesregierung nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024)

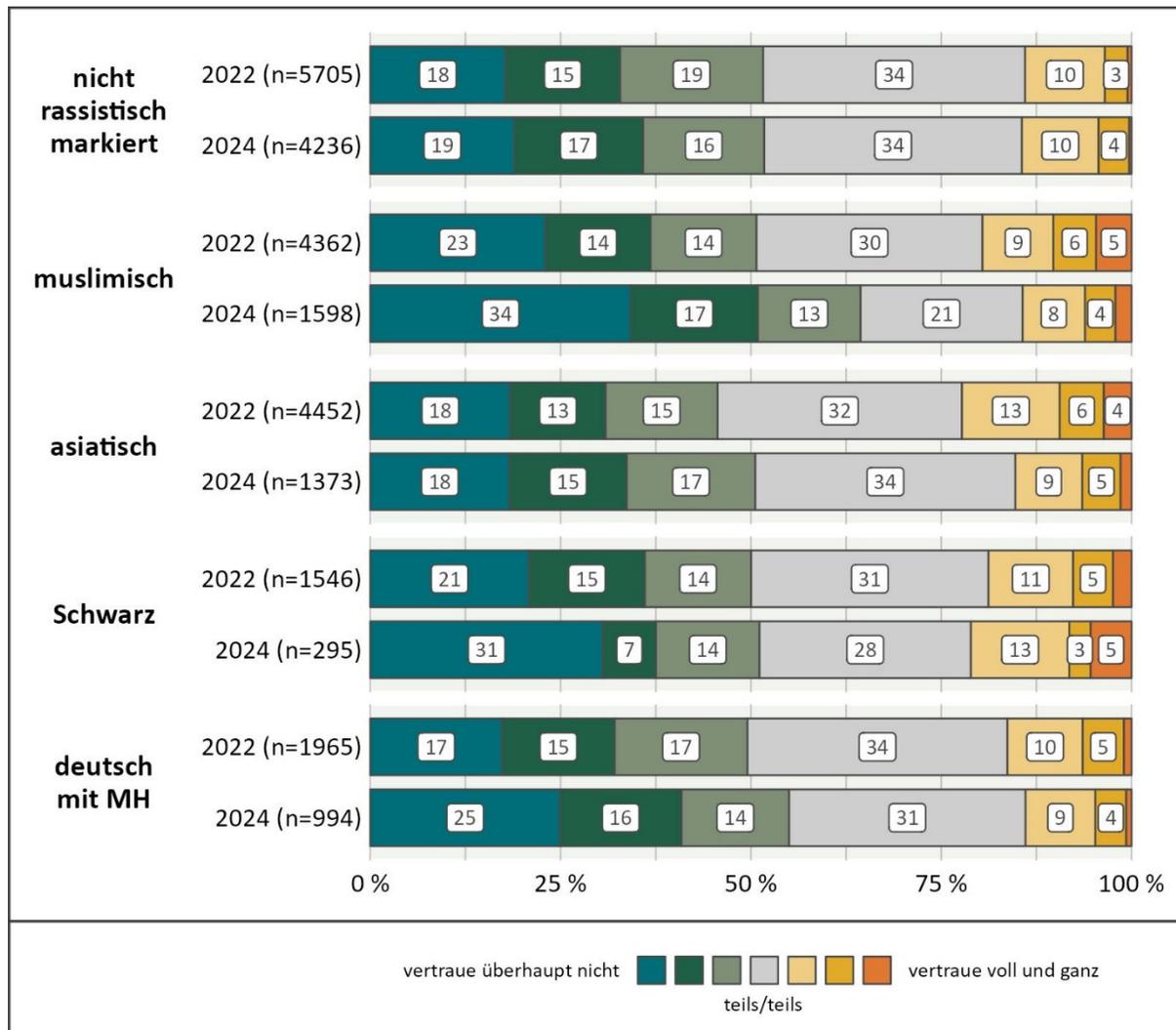


Lelesebeispiel: 12 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren, gaben an, der Bundesregierung überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 22 %. **Quelle:** NaDiRa.paneel, Welle 0 (N=18.094, gewichtet) und Welle 4 (N=8.480, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

3. Vertrauen in Politiker*innen

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Vertrauen in Politiker*innen (siehe [Abbildung 2](#)). Auch hier ist ein Rückgang des Vertrauens zu beobachten. Allerdings liegt das Vertrauensniveau grundsätzlich niedriger als bei der Bundesregierung. Zu beiden Messzeitpunkten gibt es in allen Gruppen nur einen sehr kleinen Anteil an Personen, die Politiker*innen überhaupt vertrauen – insbesondere die Kategorie „vertraue voll und ganz“ bleibt verschwindend gering. Während das Vertrauen bei nicht rassistisch markierten Menschen zwischen 2022 und 2024 weitgehend stabil ist, nimmt es in allen anderen Gruppen weiter ab. Besonders auffällig ist der Anstieg derjenigen, die „überhaupt nicht“ vertrauen: In der muslimischen Gruppe steigt dieser Anteil von 23 % auf 34 %, bei Schwarzen Befragten von 21 % auf 31 %.

Abbildung 2. Vertrauen in Politiker*innen nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024)



Lesebeispiel: 23 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren, gaben an, Politiker*innen überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 34 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=18.030, gewichtet) und Welle 4 (N=8.496, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Trotz dieser Entwicklung bleibt das durchschnittliche Vertrauen Schwarzer Personen über die Zeit relativ stabil.³ dazu geht der Anteil derjenigen, die Politiker*innen zumindest tendenziell vertrauen, seit 2022 spürbar zurück. So fällt er bei asiatischen Befragten von 23 % auf 12 %, bei muslimischen von 20 % auf 14 %.

Die Ergebnisse zeigen einen tendenziellen Vertrauensverlust in Politiker*innen, vor allem aber in die Bundesregierung, wobei Gruppenunterschiede erkennbar sind. Während das Vertrauen in die Bundesregierung in fast allen Gruppen abnimmt, sinkt das ohnehin schon sehr geringe Vertrauen in Politiker*innen besonders stark bei muslimischen Personen. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine zunehmende politische Entfremdung hin

³ Aufgrund der geringen Fallzahl in dieser Gruppe (N=295) sollten diese Werte jedoch vorsichtig interpretiert werden (siehe [Methodenbericht](#)).

und verdeutlichen, dass die Bundesregierung und Politiker*innen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich wahrgenommen werden.

4. Fazit und Implikationen

Studien aus verschiedenen europäischen Ländern legen nahe, dass rassistisch markierte Menschen tendenziell mehr Vertrauen in politische Institutionen haben als nicht rassistisch markierte Personen (vgl. Kulesza & Stanisljević 2021; Wu, Wilkes & Wilson 2022; Doerschler & Jackson 2012). Gleichzeitig wird jedoch ein allgemeiner Rückgang des politischen Vertrauens beobachtet (Avery 2006; Bertelsmann-Stiftung 2019). Die Ergebnisse dieses DeZIM Data.insights bestätigen diesen Trend und verdeutlichen den Vertrauensverlust der vergangenen Jahre. Bereits 2022 lag das Vertrauen in Politiker*innen und die Bundesregierung auf einem mittleren bis niedrigen Niveau – und ist seither weiter gesunken. Besonders auffällig sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Während das Vertrauen bei nicht rassistisch markierten Menschen weitgehend stabil bleibt, nimmt es in anderen Gruppen – insbesondere bei muslimischen Menschen – deutlich ab. Das in der Literatur beschriebene größere Vertrauen rassistisch markierter Personen ist 2024 in den Daten des NaDiRa.panels nicht mehr erkennbar: Ihre Vertrauenswerte haben sich an die der nicht rassistisch markierten Menschen angenähert oder liegen sogar darunter. Auffällig ist dabei nicht nur der generelle Vertrauensverlust, sondern auch der starke Anstieg des Anteils derjenigen, die der Bundesregierung und den Politiker*innen überhaupt kein Vertrauen mehr entgegenbringen.

Auch andere aktuelle Daten des DeZIM zeigen ähnliche Tendenzen: Menschen mit Migrationshintergrund vertrauen politischen Parteien im Bundestag bei zentralen gesellschaftlichen Fragen häufig weniger Lösungskompetenz zu (Jacobsen et al. 2025). Dies deutet auf eine wachsende Skepsis gegenüber politischen Akteur*innen hin, die das Vertrauen in die Politik weiter erschüttern könnte. Besonders alarmierend ist der Vertrauensverlust bei muslimischen Menschen. Als integraler Teil der deutschen Gesellschaft sollte ihr Misstrauen gegenüber politischen Institutionen Anlass sein, die sozialen und politischen Ursachen dieser Entwicklung genauer zu beleuchten. Das NaDiRa.panel hat das Vertrauen in verschiedene gesellschaftliche und politische Institutionen sowie Personengruppen bereits in den vergangenen Erhebungswellen erfasst und wird dessen Entwicklung auch in zukünftigen Wellen systematisch beobachten, um langfristige Trends sowie zugrundeliegende Einflussfaktoren differenziert zu untersuchen.

Weiterführende Analysen zeigen, dass auch rassistisch markierte Personen, die in Deutschland geboren sind oder eine deutsche Staatsbürgerschaft haben, zunehmend Vertrauen in politische Institutionen verlieren (siehe [Anhang](#)). Dies verdeutlicht, dass der Vertrauensverlust nicht primär auf migrationspezifische Faktoren wie eine Einwanderungsgeschichte zurückzuführen ist, sondern tiefere strukturelle Ursachen hat. Diese Erkenntnis ist bedeutsam, da ein geringes Vertrauen in politische Institutionen die politische Teilnahme beeinflussen und langfristig sogar Wahlergebnisse prägen könnte (Easton 1975; Hooghe & Marien 2010). Politische Partizipation ist insbesondere für verschiedene Migrant*innengruppen von zentraler Bedeutung: Sie ermöglicht es ihnen, ihre Anliegen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und Brücken zu anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie zur Mehrheitsgesellschaft zu schlagen. Dies stärkt nicht nur ihre politische Repräsentation, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Integration (Al-Momani et al. 2010).

Die Ursachen dieses Vertrauensverlusts sind vielschichtig und nicht eindeutig festzumachen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass globale Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und der Nahostkonflikt, das Erstarken rechter und rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen sowie migrationsfeindliche Diskurse

und die langanhaltende Regierungskrise dazu beitragen. Besonders migrationsfeindliche und rechte Narrative spielen vermutlich eine zentrale Rolle. Sie werden zunehmend auch von Parteien der politischen Mitte aufgegriffen, was zu einer Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts und einer Ausweitung des Sagbaren führt (Wodak 2021). Diese Entwicklung verstärkt rassistische, antimuslimische und geflüchtetenfeindliche Debatten, die rassistisch markierte Personen und Menschen mit Migrationshintergrund aus der Mehrheitsgesellschaft ausgrenzen. Infolgedessen kann das Vertrauen in die politischen Akteur*innen, die für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden, weiter sinken.

Internationale Studien belegen, dass rassistische Gewalt und struktureller Rassismus eng mit einem Vertrauensverlust in politische Institutionen verbunden sind (vgl. Brunson 2007; Douds & Wu 2018; Flexon, Lurigio & Greenleaf 2009; Liebkind & Jasinskaja-Lahti 2000; Skogan 2006; Wilkes & Wu 2019). Wenn große Teile der Bevölkerung das Vertrauen in staatliche Institutionen verlieren, hat das nicht nur Auswirkungen auf die politische Steuerungsfähigkeit, sondern stellt auch die Legitimität des demokratischen Systems in Frage. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Fairness der Demokratie ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Unterstützung demokratischer Prinzipien (Easton 1975; Wintermantel 2020). Ein anhaltender Vertrauensverlust kann daher als Zeichen für wachsende gesellschaftliche Fragmentierung und politische Entfremdung gewertet werden – eine Entwicklung, die langfristig die Stabilität und Funktionsfähigkeit der pluralen Demokratie gefährdet (Lenard 2008).

Rassistisch markierte Menschen nehmen in der Gesellschaft eine besonders vulnerable Position ein: Sie sind nicht nur von allgemeinen Diskriminierungserfahrungen betroffen, sondern erleben zusätzlich spezifische Formen von Rassismus. Gleichzeitig stellen rassistisch markierte Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund einen bedeutenden Teil der deutschen Wähler*innenschaft dar. 2023 hatte rund ein Viertel der Erwachsenen in Deutschland einen Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der 10- bis 20-Jährigen liegt der Anteil sogar bei etwa 40 % (Statistisches Bundesamt 2023), was auf einen wachsenden Anteil potenzieller Wähler*innen mit Migrationshintergrund in den kommenden Jahren hinweist – insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl 2029. Ihre Perspektiven und Bedürfnisse sollten daher stärker in politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Es muss im Interesse der Politik liegen, eine politische Kultur zu fördern, die das Vertrauen aller in Deutschland lebenden Menschen stärkt. Nur so kann die Stabilität der Demokratie nachhaltig gesichert werden. Angesichts des Vertrauensverlusts ist dies umso wichtiger, wobei zugleich die unterschiedlichen Erfahrungen und Anliegen verschiedener Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden müssen.

Das vorliegende Data.insight basiert auf der ersten (Januar bis März 2022) und fünften (August 2024 bis Januar 2025) Erhebungswelle des NaDiRa.panels. Zum Zeitpunkt der ersten Erhebung lag das Alter der Befragten zwischen 18 und 70 Jahren. In dieser Analyse wird insbesondere das Vertrauen der Teilnehmenden in gesellschaftliche Institutionen und Instanzen untersucht, darunter die Bundesregierung insgesamt, aber auch in Politiker*innen.

Es handelt sich bei den hier dargestellten Ergebnissen um eine Trendanalyse, die die beiden Messzeitpunkte als Querschnittsvergleich gegenüberstellt. Obwohl die Fallzahlen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten variieren können, bleibt die zugrunde liegende Stichprobe konstant, da sich das Sample weiterhin aus den Teilnehmenden des NaDiRa.panels zusammensetzt. Diese Unterschiede in der Fallzahl sollten bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden, schränken jedoch nicht die grundsätzliche Vergleichbarkeit der Trends über die Zeit ein. In diesem Rahmen wurden ebenfalls Design- und Ausfallgewichte verwendet, um repräsentative Aussagen zu ermöglichen. Die Darstellungen der Ergebnisse basieren dementsprechend auf gewichteten Verteilungen und sind deskriptiv angelegt.

Ergänzend wurden multiple Regressionsmodelle berechnet, die auf Alter, Geschlecht und Bildung kontrollieren. Darüber hinaus erfolgte eine Betrachtung verschiedener Subsamples, etwa nur Personen, die in Deutschland geboren oder ausschließlich deutsche Staatsbürger*innen sind (siehe [Anhang](#)). Dabei zeigen sich keine grundlegenden Veränderungen der Ergebnisse.

Die einzelnen Gruppen wurden auf Basis der Selbstidentifikation der Teilnehmenden differenziert, wobei auch Mehrfachnennungen möglich waren. Die Frage lautete: „Menschen können sich verschiedenen Gruppen zugehörig fühlen. Wie ist das bei Ihnen? Bitte geben Sie alle Gruppen an, denen Sie sich zugehörig fühlen.“

Die betrachteten rassistisch markierten Gruppen umfassen jeweils Schwarze, asiatische und muslimische Personen. Personen, die sich ausschließlich als „deutsch mit Migrationshintergrund“ identifizieren, bilden eine eigene Kategorie. Befragte, die sich ausschließlich als „deutsch ohne Migrationshintergrund“ bezeichneten, wurden der Kategorie „nicht rassistisch markiert“ zugeordnet. Personen, die sich keiner oder mehr als drei Gruppen zuordnen (ca. 6 %), wurden von der Analyse ausgeschlossen (in der fünften Erhebung war nur noch eine Auswahl von maximal drei Gruppen möglich). Um die mögliche Mehrfachauswahl zu berücksichtigen, wurden clusterrobuste Schätzungen der Standardfehler sowie eine Anpassung der Gewichte vorgenommen. Zusätzlich wurde bei der Gruppe der Schwarzen Menschen eine kleine Anzahl an Befragten (N=30), die erst in einer späteren Erhebungswelle zum Panel hinzukamen, aus Gründen der Datenqualität ausgeschlossen. Da die Gesamtzahl Schwarzer Befragter im Panel ohnehin sehr gering ist, hätten diese wenigen zusätzlichen Personen die Ergebnisse unverhältnismäßig stark verzerrt.

DAS NADIRA.PANEL

Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) untersucht Ursachen, Ausmaß und Folgen von Diskriminierung und Rassismus in Deutschland anhand verschiedener Datenquellen. Aufgrund fehlender quantitativer Längsschnittdaten zu Rassismus und Diskriminierung wurde 2022 das NaDiRa.panel eingerichtet. Das NaDiRa.panel ist eine repräsentative Online-Befragung, in deren Rahmen regelmäßig rund 13.000 Personen befragt werden und die Einblicke in die Einstellungen und Erfahrungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Eine Besonderheit der Daten liegt in der gezielten Überrepräsentation von Bevölkerungsgruppen aus Afrika, Ost- und Südostasien, der Türkei sowie aus mehrheitlich muslimischen Ländern.

Für weitere Informationen zu den Daten des NaDiRa.paneels siehe DeZIM 2023: S. 50–66.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Al-Momani, Kais; Dados, Nour; Maddox, Marion und Wise, Amanda (2010):** Political Participation of Muslims in Australia. Final Report. June 2010. Centre for Research on Social Inclusion.
- **Avery, James M. (2006):** The Sources and Consequences of Political Mistrust Among African Americans. In: American Politics Research 34 (5), S. 653–682. DOI: [10.1177/1532673X06286366](https://doi.org/10.1177/1532673X06286366).
- **Bertelsmann-Stiftung (2019):** Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien>.
- **Bertsou, Eri (2019):** Rethinking political distrust. In: European Political Science Review 11(2), S. 213–230. DOI: [10.1017/S1755773919000080](https://doi.org/10.1017/S1755773919000080).
- **Brunson, Rod K. (2007):** „Police don’t like black people“: African-American Young Men’s Accumulated Police Experiences. In: Criminology & Public Policy 6 (1), S. 71–101. DOI: [10.1111/j.1745-9133.2007.00423.x](https://doi.org/10.1111/j.1745-9133.2007.00423.x).
- **CLAIM (2024):** Pressemitteilung – Antimuslimische Übergriffe und Diskriminierung in Deutschland 2023: Mehr als fünf antimuslimische Vorfälle pro Tag. Online verfügbar unter: <https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-antimuslimische-uebergriffe-und-diskriminierung-in-deutschland-2023-mehr-als-fuenf-antimuslimische-vorfaelle-pro-tag/>, zuletzt geprüft am 20.01.2025.
- **Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2023):** Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors mit dem Schwerpunkt Gesundheit. Berlin.
- **Doerschler, Peter und Irving Jackson, Pamela (2012):** Do Muslims in Germany Really Fail to Integrate? Muslim Integration and Trust in Public Institutions. In: Journal of International Migration & Integration 13, S. 503–523. DOI: [10.1007/s12134-011-0220-6](https://doi.org/10.1007/s12134-011-0220-6).
- **Douds, Kiara und Wu, Jie (2018):** Trust in the Bayou City: Do Racial Segregation and Discrimination Matter for Generalized Trust? In: Sociology of Race and Ethnicity 4 (4), S. 567–584. DOI: [10.1177/2332649217717741](https://doi.org/10.1177/2332649217717741).
- **Easton (1975):** A Re-Assessment of the Concept of Political Support. British Journal of Political Science 4: 435-457.
- **Flexon, Jamie L.; Lurigio, Arthur J. und Greenleaf, Richard G. (2009):** Exploring the Dimensions of Trust in the Police Among Chicago Juveniles. In: Journal of Criminal Justice 37 (2), S. 180–189. DOI: [10.1016/j.jcrimjus.2009.02.006](https://doi.org/10.1016/j.jcrimjus.2009.02.006).
- **Hollenbach, Michael (2024):** Nach dem 7. Oktober: Verunsicherung in der muslimischen Community. Online verfügbar unter: <https://www.ndr.de/kultur/sendungen/freitagsforum/Nach-dem-7-Oktober-Verunsicherung-in-der-muslimischen-Community,freitagsforum1076.html>, zuletzt geprüft am 20.01.2025.
- **Hooghe, Marc und Marien, Sofie (2012):** A Comparative Analysis of the Relation between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe. In: European Societies 15 (1), S. 131–52. DOI: [10.1080/14616696.2012.692807](https://doi.org/10.1080/14616696.2012.692807).
- **Jacobsen, Jannes; Junge, Mara; Nguyen, Long und Römer, Friederike (2025):** Vernachlässigtes Wähler*innenpotenzial? Über politische Problemwahrnehmungen, Alltagssorgen und Parteipräferenzen von Menschen mit

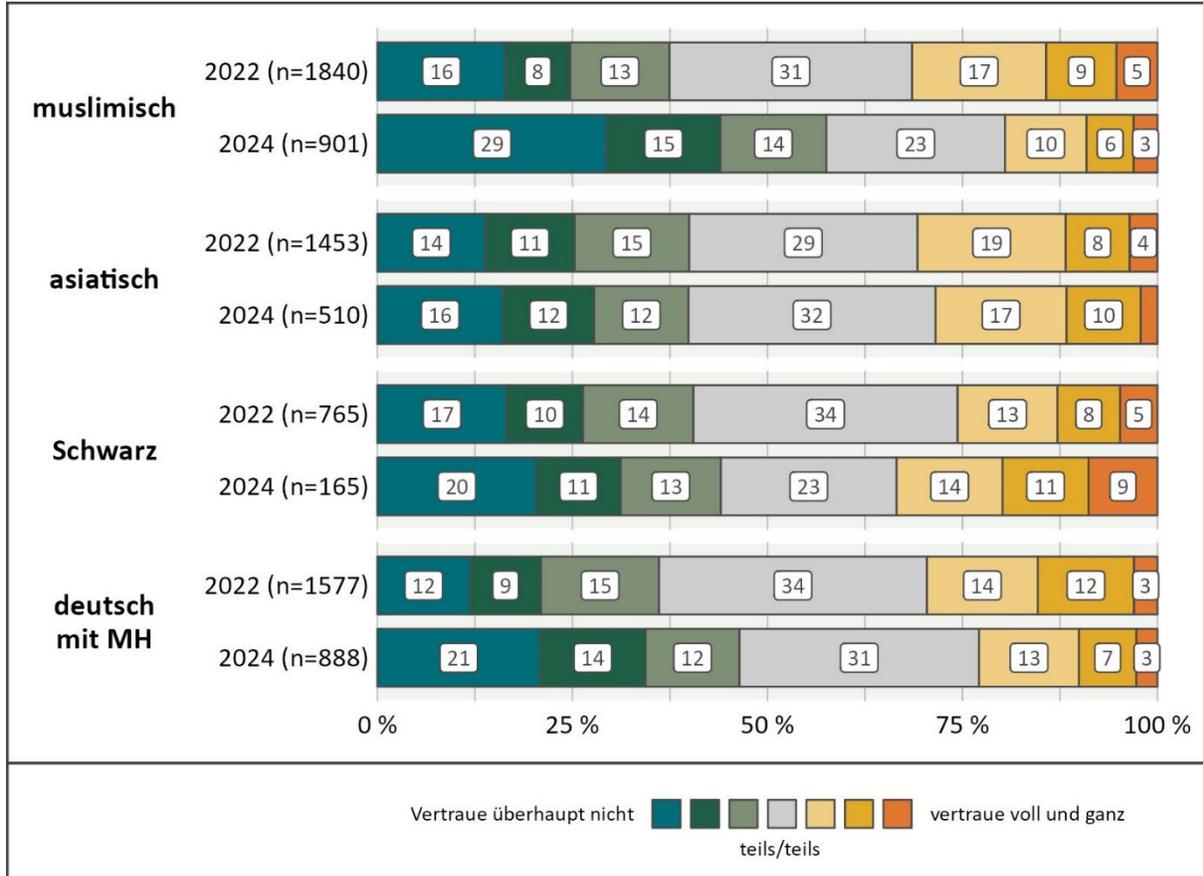
Migrationshintergrund. DeZIM Data.insights 16, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

- **Koch, Jeffrey W. (2019):** Racial Minorities' Trust in Government and Government Decisionmakers. In: Social Science Quarterly 100, S.19–37. DOI: [10.1111/ssqu.12548](https://doi.org/10.1111/ssqu.12548).
- **Kulesza, Katharina und Stanisavljević, Marija (2021):** Migrant*innen in der Mitte der Gesellschaft – Eine Untersuchung des Vertrauens in politische Institutionen. In: Verwiebe, Roland; Wiesböck, Laura (Hg.): Mittelschicht unter Druck. Wiesbaden: Springer VS, Wiesbaden, S. 301–324.
- **Lenard, Patti T. (2008):** Trust Your Compatriots, but Count Your Change: The Roles of Trust, Mistrust and Distrust in Democracy. In: Political Studies 56, S. 312- 332. DOI: [10.1111/j.1467-9248.2007.00693.x](https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2007.00693.x).
- **Liebkind, Karmela und Jasinskaja-Lahti, Inga (2000):** The influence of experiences of discrimination on psychological stress: a comparison of seven immigrant groups. In: Journal of Community and Applied Social Psychology, S. 1-16. DOI: [10.1002/\(SICI\)1099-1298\(200001/02\)10:1%3C1::AID-CASP521%3E3.0.CO;2-5](https://doi.org/10.1002/(SICI)1099-1298(200001/02)10:1%3C1::AID-CASP521%3E3.0.CO;2-5).
- **Statistisches Bundesamt (2023):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2023. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-migrationshintergrund-erst-2010220237005.html>, zuletzt geprüft am 10.02.2025.
- **Örkény, Antal und Székelyi, Mária (2009):** The Role of Trust in the Social Integration of Immigrants. In: Demográfia English Edition, Hungarian Demographic Research Institute, 52(5), S. 124–147.
- **Skogan, Wesley G. (2006):** Asymmetry in the Impact of Encounters with Police. In: Policing and Society 16 (2), S. 99–126. DOI: [10.1080/10439460600662098](https://doi.org/10.1080/10439460600662098).
- **Tagesschau (2024):** Polizeistatistik: Zahl antisemitischer Straftaten hat sich verdoppelt. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/polizei-antisemitismus-faeser-israel-100.html>, zuletzt geprüft am 21.01.2025.
- **Wilkes, Rima und Wu, Cary (2017):** Trust and Minority Groups. In Eric M. Uslaner (Hg.): The Oxford Handbook of Social and Political Trust.
- **Wilkes, Rima und Wu, Cary (2019):** Immigration, Discrimination, and Trust: A Simply Complex Relationship. In: Frontiers in Sociology 4, S. 32. DOI: [10.3389/fsoc.2019.00032](https://doi.org/10.3389/fsoc.2019.00032).
- **Wintermantel, Vanessa (2020):** Das imaginierte Fremde. Rassismus als Legitimationsproblem für die Demokratie. In: WZB-Mitteilungen. Quartalsheft für Sozialforschung (176), S. 27–29.
- **Wodak, Ruth (2021):** The Politics of Fear: The Shameless Normalization of Far-Right Discourse. Vol. 0. 55. London: SAGE Publications Ltd.
- **Wu, Cary; Wilkes, Rima und Wilson, David C. (2022):** Race & Political Trust: Justice as a Unifying Influence on Political Trust. In: Daedalus 151 (4), S. 177–199. DOI: [10.1162/daed_a_01950](https://doi.org/10.1162/daed_a_01950).
- **Zick, Andreas Zick; Küpper, Beate und Mokros, Nico (Hg.) (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

5. ANHANG

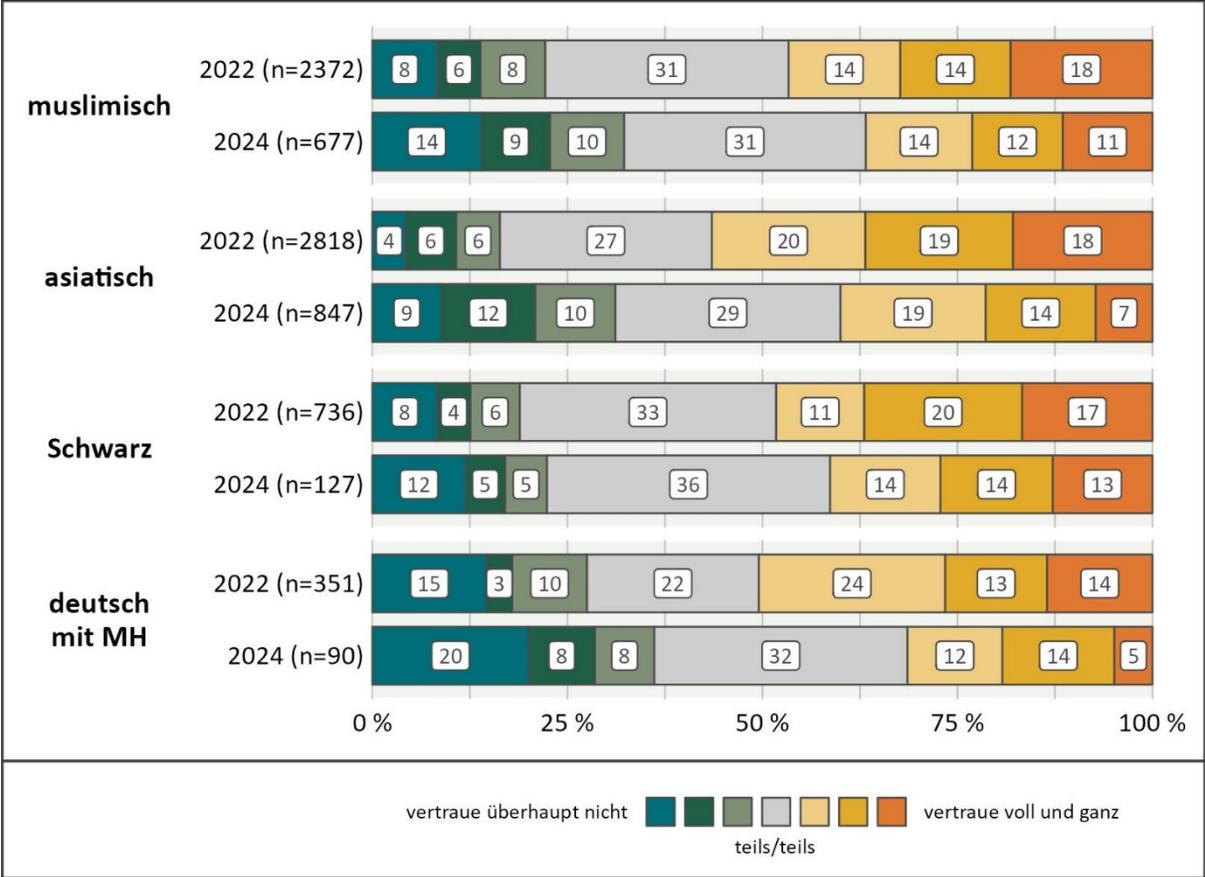
5.1 Staatsbürgerschaft

Abbildung 3. Vertrauen in die Bundesregierung nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft



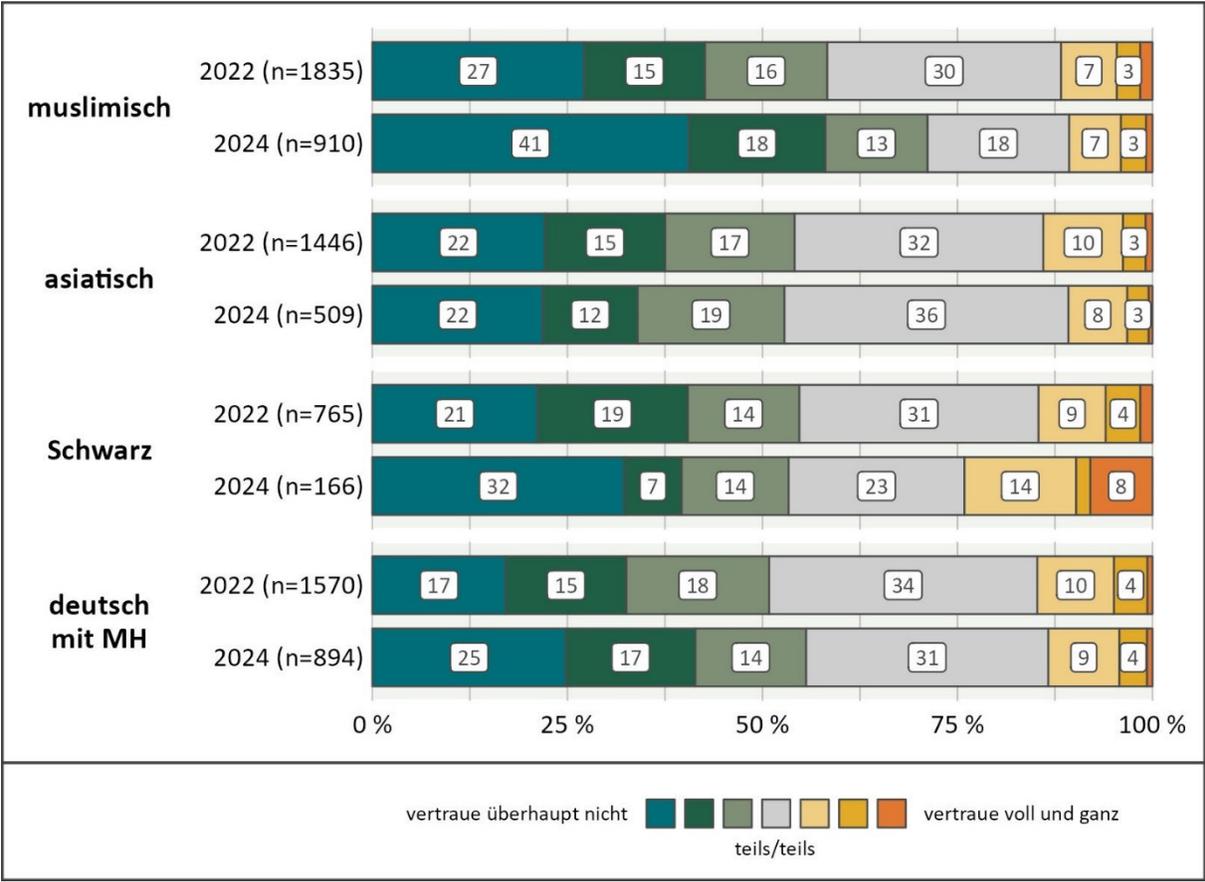
Lesebeispiel: 16 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und die deutsche Staatsangehörigkeit haben, gaben an, der Bundesregierung überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 29 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=5.635, gewichtet) und Welle 4 (N=2.464, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 4. Vertrauen in die Bundesregierung nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft



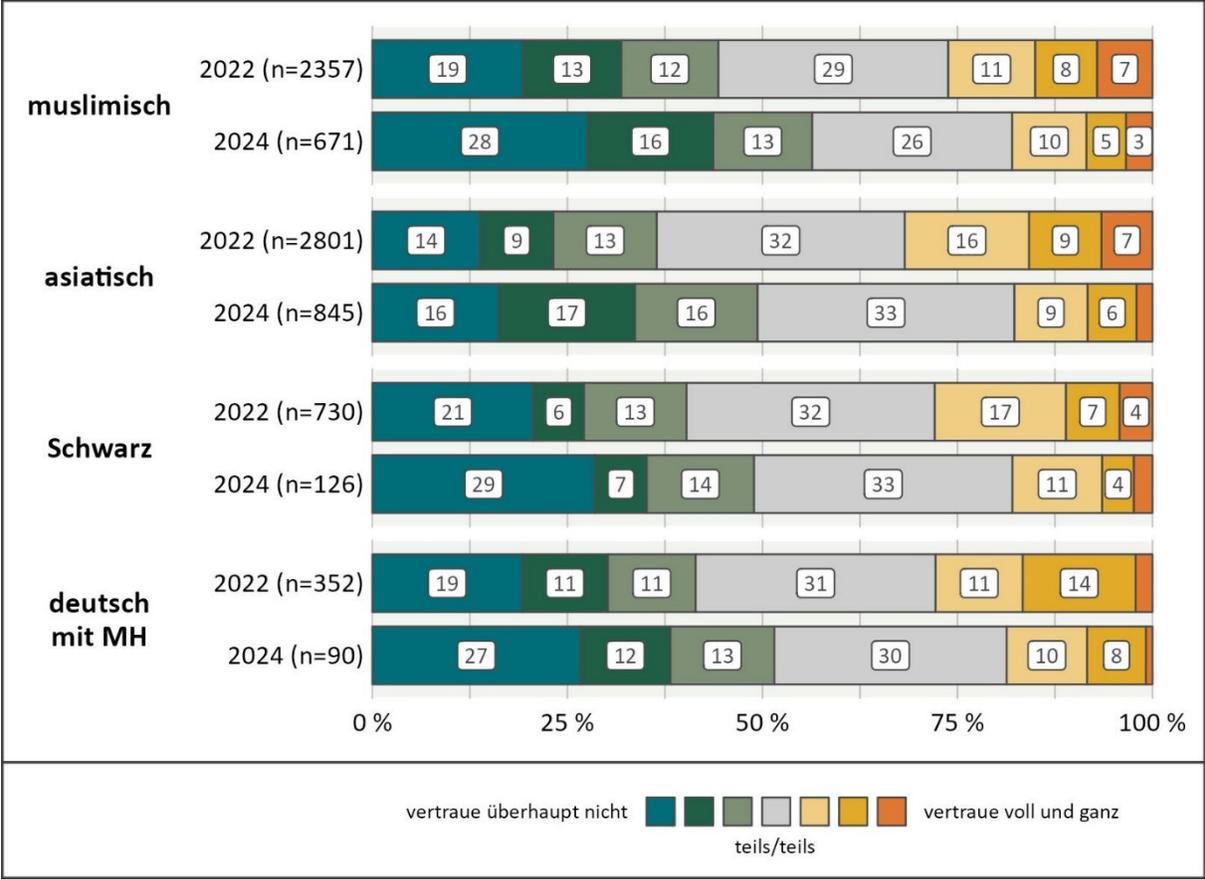
Lesebeispiel: 8 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, gaben an, der Bundesregierung überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 14 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=6.277, gewichtet) und Welle 4 (N=1.741, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 5. Vertrauen in Politiker*innen nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft



Lesebeispiel: 27 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und die deutsche Staatsangehörigkeit haben, gaben an, Politiker*innen überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 41 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=5.616, gewichtet) und Welle 4 (N=2.479, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

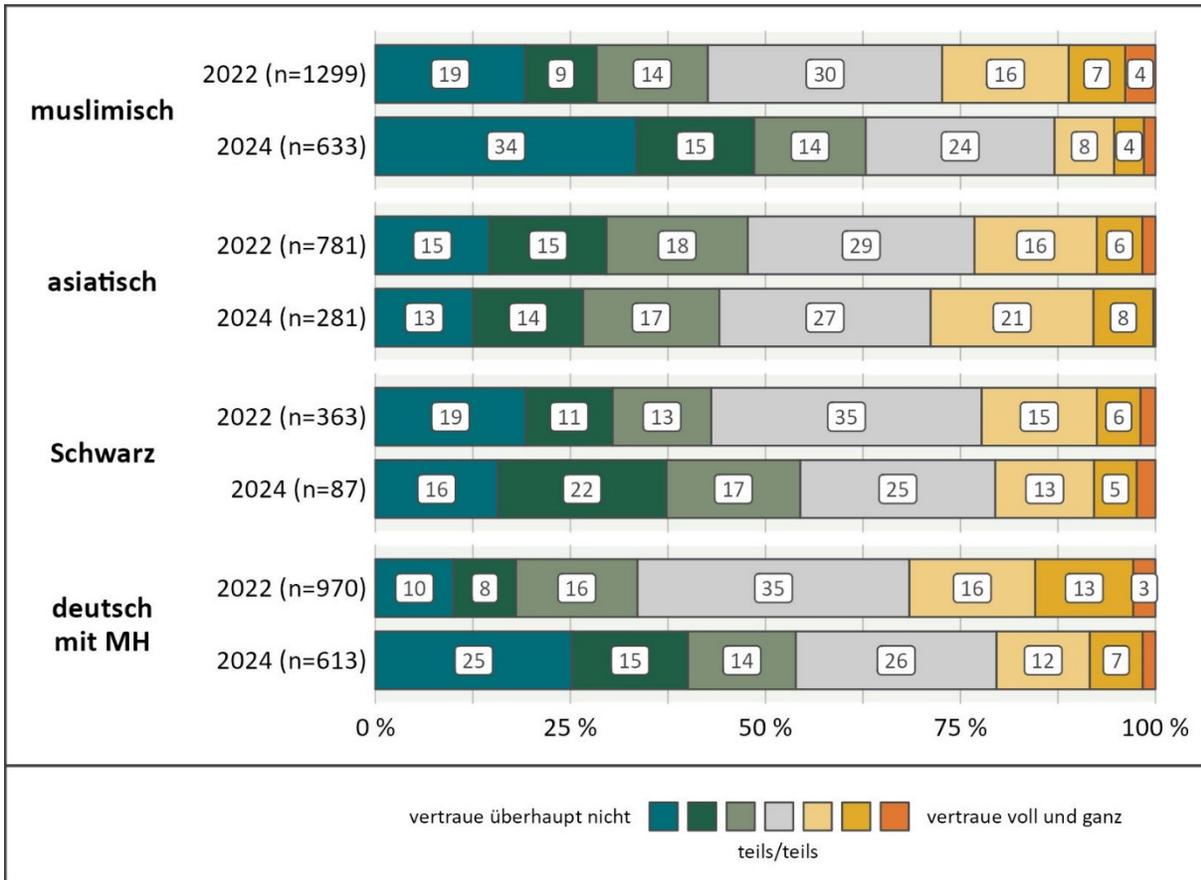
Abbildung 6. Vertrauen in Politiker*innen nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft



Lesebeispiel: 19 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, gaben an, Politiker*innen überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 28 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=6.240, gewichtet) und Welle 4 (N=1.732, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

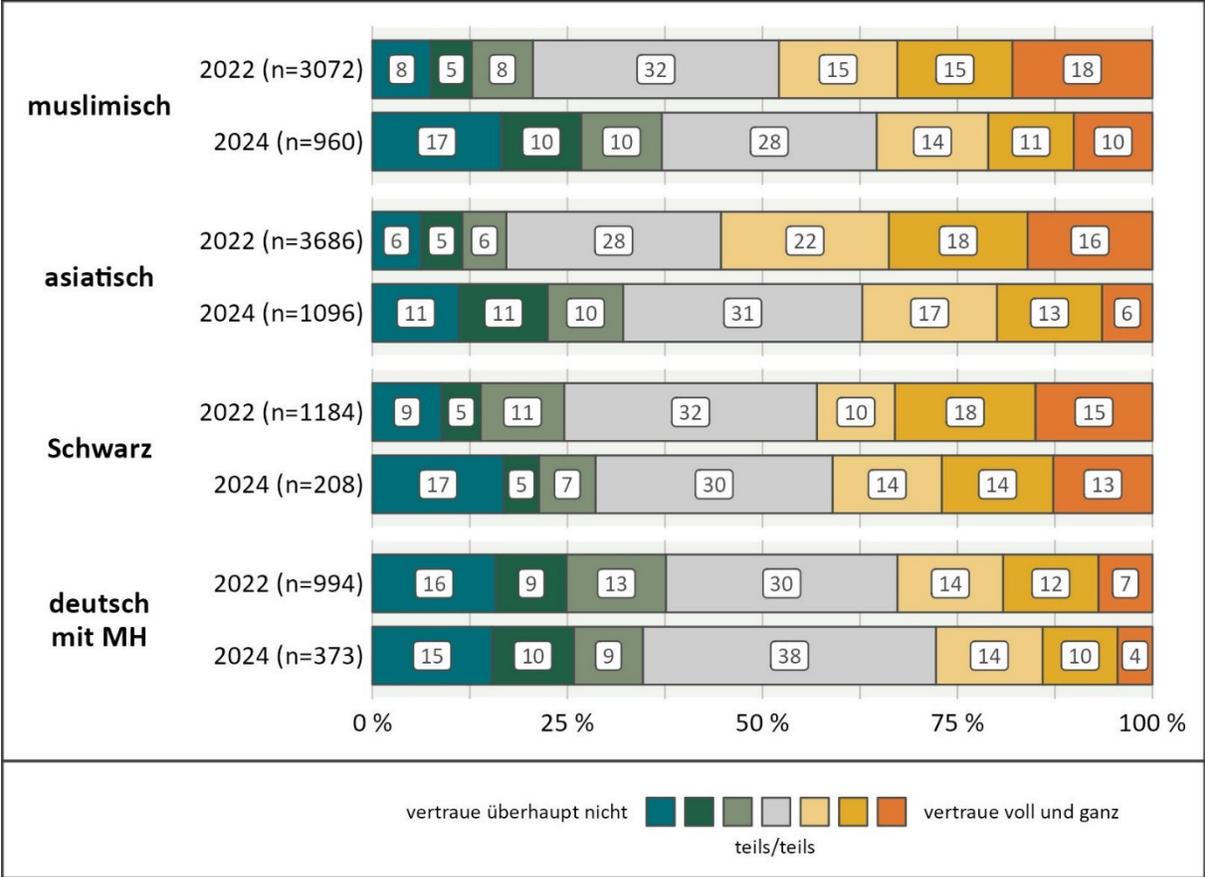
5.2 Geburtsland

Abbildung 7. Vertrauen in die Bundesregierung nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur in Deutschland geborene Personen



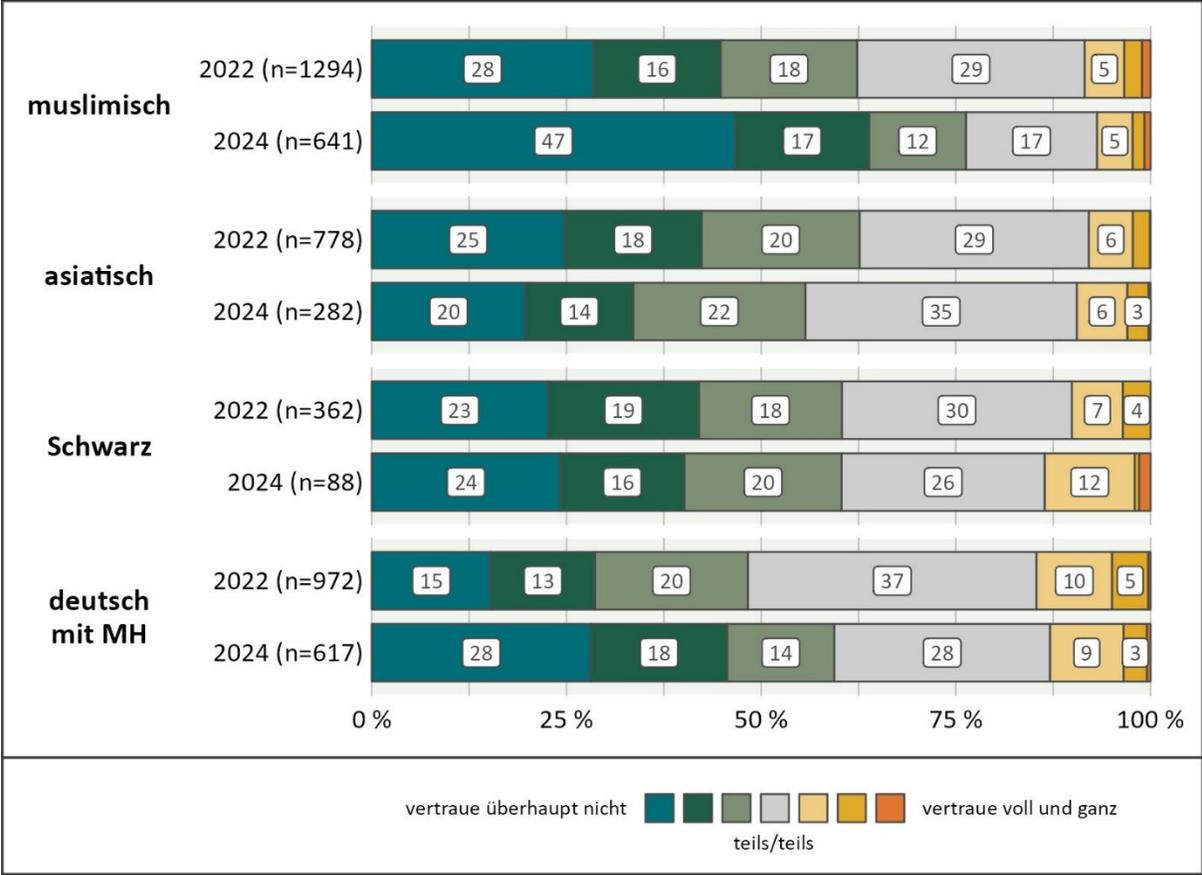
Lesebeispiel: 19 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und in Deutschland geboren sind, gaben an, der Bundesregierung überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 34 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=3.413, gewichtet) und Welle 4 (N=1.614, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 8. Vertrauen in die Bundesregierung nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur im Ausland geborene Personen



Lesebeispiel: 8 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und nicht in Deutschland geboren sind, gaben an, der Bundesregierung überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 17 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=8.936, gewichtet) und Welle 4 (N=2.637, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

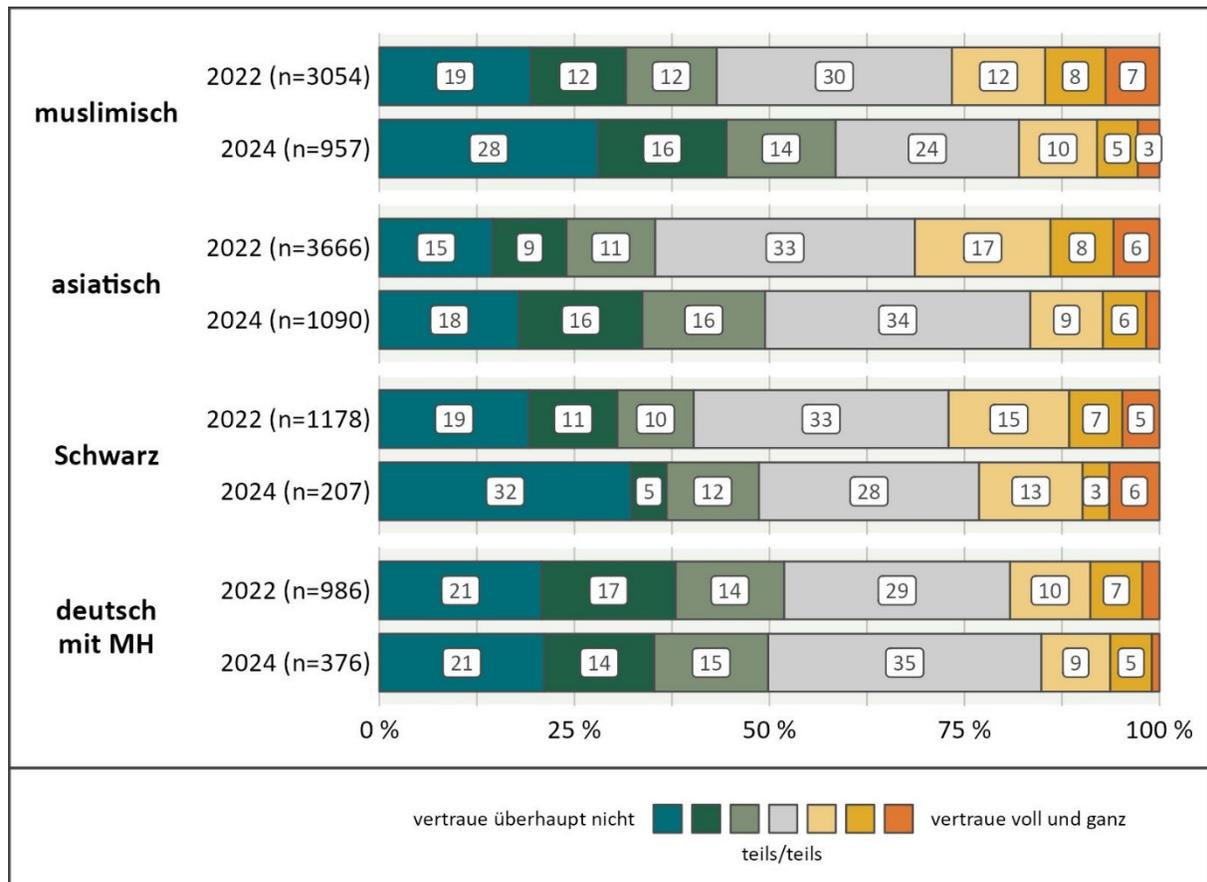
Abbildung 9. Vertrauen in die Politiker*innen nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur in Deutschland geborene Personen



Lesebeispiel: 28 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und in Deutschland geboren sind, gaben an, Politiker*innen überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 38 %.

Quelle: NaDiRa.panel, Welle 0 (N=3.406, gewichtet) und Welle 4 (N=1.628, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 10. Vertrauen in Politiker*innen nach Selbstidentifikation (2022 vs. 2024), nur im Ausland geborene Personen



Lesebeispiel: 19 % der Personen, die sich in der 1. Befragungswelle 2022 als muslimisch identifizieren und nicht in Deutschland geboren sind, gaben an, Politiker*innen überhaupt nicht zu vertrauen. In der 5. Befragungswelle 2024 liegt dieser Anteil bei 28 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Welle 0 (N=8.884, gewichtet) und Welle 4 (N=2.630, gewichtet), eigene Berechnungen. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Gahein-Sama, Massa; Podkowik, Klara; Tran, Kien; Salikutluk, Zerrin (2025): Demokratie unter Druck: Wie sich das Vertrauen in die Politik verändert. DeZIM Data.insights 17, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Data.insights geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76

10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Massa Gahein-Sama, Klara Podkowik, Kien Tran, Prof. Dr. Zerrin Salikutluk

Redaktion

Hande Savus, Maren Seidler, Özcan Karadeniz

Projektleitung

Dr. Cihan Sinanoğlu, Prof. Dr. Zerrin Salikutluk, Tae Jun Kim

Layout und Satz

DeZIM-Institut

ISBN

978-3-911716-02-4

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Diese Studie wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**